



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Sieger, Robert: Deutschösterreich und die südslavische Frage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Deutschösterreich und die südslawische Frage

Von Professor Dr. Robert Sieger

In den „Grenzboten“ 1918 Nr. 16 habe ich die südslawische Frage und die Richtungen besprochen, die unter den Südslawen miteinander ringen. Kaleidoskopisch wechselt das Bild. Weil der Erzbischof von Sarajewo und mit ihm die Jesuiten sich gegen die Matdekларationen ausgesprochen haben, treten die in Bosnien wegen ihrer kulturellen und nationalen Leistungen hochangesehenen, auf ihre Macht eifersüchtigen Franziskaner für sie ein und auch die Bauernpartei in Kroatien hat sich nun zweifellos für sie erklärt. Unter den Slowenen haben sich auch die Sozialdemokraten ihr angeschlossen. Dagegen schwenkt der Krainer Landeshauptmann Schusterschitz mit den Seinen wieder ab und versucht seinen Patriotismus in helles Licht zu stellen. Das hat einen doppelten Zweck: einmal sollen die erregten, zu ungewöhnlicher Schärfe der Rede erbitterten südösterreichischen Deutschen als Feinde von Staat und Krone dargestellt werden, andererseits aber die slowenischen Gegner des aalglatten Politikers, die weniger aus politischen Gründen, als wegen seiner Partei- und Cliquenherrschaft gegen ihn Front gemacht haben. Er kann sich auf ältere „loyale“ Kundgebungen berufen und sich als bewährte Stütze von Thron und Altar darstellen. Wieviel bei alledem Taktik, wieviel wirklicher Gesinnungswandel ist, sei dahingestellt. Jedenfalls haben weite kroatische Kreise das mißtrauische Gefühl, daß die Serben die jugoslawische Idee nur mißbrauchen wollen, um die Herrschaft über die Kroaten zu gewinnen, und werden dadurch gemäßigten Anschauungen zugänglich. Auf der anderen Seite aber stehen realpolitische Erwägungen: man verleugnet die letzten Ziele, um die Vorstufen sicherer zu erreichen. Ist erst einmal das südösterreichische Deutschtum ans Messer geliefert, dann mag man in den „autonomen“ slowenischen und kroatischen Gebieten in aller Ruhe den Südslawenstaat vorbereiten, den von Entente und Friedenskongreß zu erhoffen doch recht unsicher ist — um so unsicherer, je mehr die mitteleuropäischen Mächte zu der Einsicht gezwungen werden, daß nur Sonderfrieden und nicht eine internationale Diplomatenberatung ihnen Lebensraum und Zukunft sichern können. Ihre Staatsmänner lernen ja in dieser Hinsicht allmählich um.

Für die Deutschösterreicher sind diese inneren Schwankungen der südslawischen Politik wichtig und beachtenswert. Aber richtunggebend können für sie nur weitergreifende allgemeine Erwägungen sein. Sie haben eine solche Lösung des Problems zu suchen, die ihrer eigenen nationalen Erhaltung, den Lebensbedingungen Österreichs und der Weltstellung des Gesamtdeutschtums gerecht wird. Eine solche aber muß in Einklang stehen mit den naturgegebenen geographischen Verhältnissen, die mehr Gewicht haben, als die augenblickliche Verteilung der Völker. Auch die

Segner, die sich seit Jahren angelegentlich um die südslawische Frage kümmern, vor allem die Engländer mit ihrem Weltblick, gehen ja von den geographischen Bedingungen aus. Sehr zutreffend hat dies kürzlich Paul Samassa in einem von der Prager Zensur übel zugerichteten Aufsatz der „Deutschen Arbeit“ (April 1918) hervorgehoben. Wie ein tschechoslowakisches Reich eine Flankenstellung gegen Deutschland und das Deutschtum, so bietet ihnen ein südslawischer Staat „einen Brückenkopf und gleichzeitig ein Aufmarschgebiet gegen die Linie Berlin—Bagdad“. Verkünden die „Jugoslawen“, daß sie das Deutschtum, Österreich und das Deutsche Reich in Verkehr, Wirtschaft und Politik von Südosteuropa „abriegeln“ wollen, so hätte ein politisches Gebilde, wie sie es erstreben, für England den Vorteil der Schwäche und daher Lenksamkeit. Italien beiderseits der Adria könnte diese zwar abriegeln, aber selbst zu mächtig werden; ein schwaches Italien auf ihrer einen, ein schwacher Slawenstaat auf der anderen Seite, beide anlehnungsbedürftig, müßten unter allen Umständen Werkzeuge der Entente bleiben. Das spricht, nebenbei bemerkt, nicht gegen die Zulassung Serbiens an die Adriaküste, wohl aber unbedingte für die Erwerbung und Festhaltung Salonas und der übrigen Schlüsselpunkte des Binnenmeers durch Österreich-Ungarn. Und es spricht ebenso zwingend dafür, daß der gemeinsame Seehafen Österreichs, Triest — ebenso das ungarische Fiume — nicht in die Hand eines ganz oder halb selbständigen, von Sonderinteressen beherrschten slawischen politischen Gebildes gegeben werden dürfen. Das Hinterland Fiumes ist rein kroatisch, kann für Ungarn also nur durch ein befriedigtes, mit Ungarn eng verbundenes und am besten ihm staatlich wie bisher eingegliedertes Kroatentum gesichert werden. Befriedigt können die Kroaten aber nur durch die Aufhebung der Grenzen werden, welche Kroatien von dem gemeinsamen Verwaltungsgebiet und von Dalmatien trennen.

Verwickelter liegen die nationalen Verhältnisse an Österreichs Weg zur Adria. Slovenen von Untersteier bis Nordistrien und in die Umgebung („Territorium“) von Triest, durchsetzt mit zahlreichen gedeihenden deutschen Sprachinseln, Kroaten in Südtrien, Italiener in Triest und anderen Küstenstrichen und Städten, daneben alte bedrohte und neue anwachsende deutsche Minderheiten im „Küstenland“; Furlaner und Slowenen neben Italienern im Görzischen und auch in Friaul. Träger des Staatsgedankens sind hier die Deutschen; soll Triest wirklich ein Reichshafen werden, so muß in dieser Stadt, aber auch auf dem Wege zu ihr das Deutschtum gefördert werden. Weniger durch Kolonisation, die nur im kleinen erfolgen kann, als durch Förderung industrieller und kommerzieller Unternehmungen, wobei man auf reichsdeutsche Unternehmer und Kapitalien hofft. Die Triester Reichsdeutschen, deren gesellschaftliche Stellung ihnen Einfluß gibt, waren bisher freilich nichts weniger als national; vielleicht lehrte der Krieg sie umlernen. Die Regierung hatte die Gelegenheit, in Triest Wandel zu schaffen. Aber sie wurde nicht benützt. Schlimmer als die unangebrachte Milde gegen die ziemlich verschüchterten Irredentisten erscheint den dortigen Deutschen die unverkennbare Slowenisierungstendenz. Triest darf nach ihrer wohlwolligen Ansicht ebensowenig ein südslawischer als ein italienischer Hafen werden\*). Deshalb fordert man vielfach die Reichsunmittelbarkeit der Stadt und eine wirklich österreichische Verwaltung. Auch gemäßigte Jugoslawen, welche die Unentbehrlichkeit des Hafens für das Hinterland einsehen, stimmen dieser zu und wollen einen „Korridor“ für Österreich durch den Südslawenstaat zugestehen. Wegen sie hat sich aber sogar Herr von Seidler ausgesprochen, der am 3. Mai erklärte, in ein südslawisches Staatsgebilde, wenn ein solches im Rahmen der Monarchie zustandekomme, dürften vor allem nicht jene Teile des österreichischen Staatsgebietes einbezogen werden, die auf dem Wege zur Adria liegen und die in inniger Verbindung mit dem

\*) Mit Recht betont die Entschliebung des Leobener Volkstags vom 9. Mai, daß die Hafenstadt nicht „zum Mittelpunkt einer den deutschen Handel lähmenden slawischen Handelspolitik“ darf. Auch der Nichtdeutsche Mitocchi (Deckname für Tomicich), Triest, der Irredentismus und die Zukunft Triests, Graz 1917, spricht sich in einem lesenswerten Buch gegen die Slowenisierung Triests und für die Kräftigung seines Deutschtums aus.

deutschen Sprachgebiet stehen. Als ein geeignetes Mittel zur engeren Verbindung des Hinterlandes mit den maritimen Interessen und zur Ergänzung der vielfach von Ausländern durchsetzten Handelsmarine aus dem Hinterland empfiehlt man die Errichtung einer deutschen Schifffahrtsschule (bisher bestehen nur italienische und slawische), welche allen Völkern des Hinterlandes zugute käme, aber den notwendigen deutschen Einfluß in Triest und im Seewesen erheblich verstärken müßte. Es ist ja bezeichnend, daß man seinerzeit in Britisch-Ostafrika die eine Zeitlang bestandene Linie des österreichischen Lloyd „The Italian“ nannte und daß die deutsche Kommandosprache der Kriegsmarine auf Schwierigkeiten bei der wesentlich südslawischen, durch die Handelsmarine italianisierten Mannschaft stieß! Das begründet die Forderung nach der Schule wohl ausreichend. Der verdiente Vorkämpfer um den Weg zur Adria, Abgeordneter Dobernig, hat nach einer Mitteilung des Abgeordneten Kraft im Sommer 1917 die Zustimmung des Kaisers für die deutsche Schifffahrtsschule in Triest erhalten.

Um die Gefahren zu vermeiden, welche ein südslawischer Kiegel für Österreich, seine Seegelung, seinen Weg in die Südosthalbinsel und sein Deutschland bringen müßte, und doch der politischen Zerreißung des geographisch geschlossenen kroatischen Volkes abzuwehren, ist vorgeschlagen worden (noch neuestens von L. von Süßland in seinem Buche „Die Südslawenfrage und der Weltkrieg“, Wien 1918), Kroatien-Slawonien, das gemeinsame Verwaltungsgebiet und Dalmatien zu einem Reichslande zu vereinigen, das bei der weitestgehenden Selbstverwaltung und parlamentarischen Selbstregierung doch in allen der Gesamtmonarchie wichtigen Fragen an deren Zustimmung gebunden sein, also einem Kondominium Österreichs und Ungarns unterstehen soll. So wertvoll zweifellos ein solcher gemeinsamer Besitz gerade als Band der von Ungarn und auch von wachsenden österreichischen Gruppen bedrohten Gemeinsamkeit, als Schutzmittel gegen die drohende Lockerung des Zusammenhalts zur bloßen „Personalunion“ wäre, so ist doch bei dem heutigen Machtgefühl und der faktischen, während des Krieges rücksichtslos gesteigerten Machtstellung Ungarns keine Aussicht vorhanden, dessen Zustimmung zu einer solchen Vergrößerung des gemeinsamen Gebiets zu erhalten. Vielmehr werden die ungarischen Wünsche nach einer, durch zweifelhafte, aber energisch vertretene historische Ansprüche begründeten Angliederung des heutigen gemeinsamen Verwaltungsgebiets, wie auch Dalmatiens an das dem ungarischen Staat subordinierte Kroatien immer lauter; insbesondere hat der Ministerpräsident Wekerle sich für die Angliederung Dalmatiens an Kroatien offen ausgesprochen, und die Verweigerung Dr. von Seidlers dagegen entbehrt des Rückhalts an starken politischen Kräften. Auch muß man sich fragen, ob das innerlich gespaltene Österreich bei einem Kondominium mehr als formelle Rechte gegenüber dem starken Ungarn erreichen könnte, das auch bisher schon die bosnische Verkehrspolitik durchaus in ungarischem Sinne zu gestalten und die Ausführung vertragsmäßig übernommener Bahnbauten zur besseren Verbindung mit Österreich immer wieder hinauszuziehen wußte. So mußte man sich schweren Herzens mit dem Gedanken vertraut machen, die ungarische Oberherrschaft über die serbokroatischen Gebiete der Monarchie (mit Ausschluß Istriens) zuzugestehen, wenn Österreich dafür entsprechende Sicherungen erhalten und diese durch Aufnahme in die „mitteleuropäischen“ Vereinbarungen wirklich verbürgt und durchgeführt werden könnten. Denn der freie Durchgang nach dem Südosten wie durch Ungarn selbst, so durch das diesem anzugliedernde Südslawengebiet, ist eine wirtschaftliche und politische Lebensbedingung wie für Österreich, so auch für das Deutsche Reich.

Die deutschen Volksräte Österreichs, deren Willen sich die Abgeordneten nicht dauernd werden widersetzen können, stellen daher neben das unbedingte Festhalten des Weges nach Triest und Pola die Bereitwilligkeit, über eine Ausdehnung des kroatischen „Subdualismus“ auf Bosnien, die Herzegowina und Dalmatien zu verhandeln. Österreich müßte dafür natürlich die volle Sicherung seiner wirtschaftlichen Interessen in diesen Ländern, Verbesserung seiner Zugangswege zu ihnen, Schutz gegen Tarif- und Steuervorkerkungen, die es benachteiligen könnten, „offene

Lür“ und volle Gleichberechtigung verlangen — wie dies wohl auch Deutschland durch die „mitteleuropäische“ wirtschaftliche Annäherung erstrebt — aber darüber hinaus gegen innere Verwaltungsmaßregeln, die nicht gegen dieses, wohl aber gegen Österreich getroffen werden können, durch größere Gemeinschaft und Gleichheit der Steuern und überhaupt der wirtschaftlichen Gesetzgebung, wirksamen Rechtsschutz usw. Die Deutschen müssen, ehe sie als Volk zustimmen können, eine nationale Sicherung ihrer Kolonien und Sprachinseln — auch in Kroatien, wo sie das neue Wahlgesetz an die Wand drücken soll —, Förderung ihres Schulwesens, Freiheit für weitere Einwanderung und Ansiedlung und was diese Kulturpioniere sonst als Lebensbedingung fordern müssen, verwirklicht sehen. Aber auch das ist kein voller Ersatz für die ungeheure Machtverschiebung zugunsten Ungarns gegenüber Österreich, zugunsten der Magyaren gegenüber den Deutschen, die eine Erweiterung des „Subdualismus“ brächte. Selbverständlich müßte aus ihr eine Veränderung der „Quote“, des Beitrags zu den gemeinsamen Auslagen, gefolgert werden, die Österreich ohnehin zu schwer belastet; auch eine wirksame Regelung der gegenseitigen Aushilfe im Kriegsfall, eine Beseitigung der ungleichen Ernährung- und Rohstoffversorgung, die heute so verstimmend wirkt, müßte festgelegt werden. Man hat auch von Gebietsabtretungen gesprochen. Erhält Ungarn die dalmatinischen Häfen, so wäre Fiume, dessen Zugehörigkeit ebenso Gegenstand eines Rechtsstreits ist, wie jene Dalmatiens, das aber von Österreich bequemere Zugänge hat als von Ungarn, kaum ein zu großer Ersatz. Aber sehen wir davon ab, da es der vom zentralen Ungarn raschest erreichbare und also wertvollste Hafen ist! Besonders hat man auch in der Presse von jenen westungarischen deutschbesiedelten Komitaten gesprochen, die deutscher Reichsboden und Teile Niederösterreichs und der Steiermark waren, zeitweise im Grenzkrieg von Ungarn besetzt, aber erst bei einer Wahlkapitulation des 17. Jahrhunderts von der Dynastie kurzerhand zu Ungarn geschlagen wurden. Die österreichischen Länder haben ihre Ansprüche auf sie wiederholt erneuert und nie förmlich aufgegeben. Führt uns hier das österreichische Interesse und die Rücksicht auf die einheitliche geographische Beschaffenheit dieses Hügellandes denselben Weg wie das nationale Empfinden, so scheint diesem ein anderes heinahe wichtiger. Das vertrauensvolle Zusammenwirken der österreichischen Deutschen und der Magyaren ist bisher immer wieder durch die Politik gestört worden, die diese gegen die ungarischen Deutschen festhielten — eine kurzfristige Politik, welche diese ungarländisch-patriotische Bevölkerung schließlich zum Bündnis mit den anderen „Nationalitäten“ des Stefanreiches führen müßte. Die Forderung, daß die Magyaren ihren natürlichen Bundesgenossen nicht nur wie allen anderen Völkern die gesetzlichen, aber nicht verwirklichten Rechte, sondern auch den ihrer Bedeutung entsprechenden Anteil an der politischen Führerstellung endlich gewähren, müßte mit allem Nachdruck in dem Augenblick erhoben werden, in dem Deutschösterreich den magyarschen Wünschen im Süden zustimmen soll. Man sieht, daß es keinen Anlaß hat, dies vornehmlich zu tun, daß es aber ohne Bedenken dazu bereit sein kann, wenn entsprechende Bedingungen erfüllt werden. Es wäre ebenso verfehlt, die ungarischen Wünsche, wie bis vor kurzem üblich, grundsätzlich zu verwerfen, wie es verfehlt wäre, bei der Verhandlung auf notwendige und erreichbare Gegenleistungen zu verzichten. In Ungarn schätzt man den moralischen Wert der Unerstüßung durch die österreichischen Deutschen zumeist nicht hoch ein; die Stimmung, welche in Österreich vor dem Kriege bestand und durch die Kriegserfahrungen nur gesteigert wurde, sollte aber die Magyaren darüber belehren, daß politische Bundesgenossen auf der andern Seite der Leitha für sie ebenso notwendig als kostbar sind — um so mehr, je stärker die slawischen Bewegungen aus Österreich nach Ungarn hinüberspielen. Die südslawische Frage ist vorwiegend eine ungarische, die tschechische vorwiegend eine österreichische. Am so leichter ist eine gegenseitige Verständigung mit gegenseitigen Zugeständnissen. Soll sie von Wert sein, so muß sie aber dauerhaft festgelegt und gesichert werden.

Die österreichische Regierung hat zu der kroatischen Frage nicht Stellung genommen und kann dies auch nicht. Dagegen hat die deutsche Bewegung sie dazu

veranlaßt, eine strengere Haltung gegenüber der jugoslawischen Böhlarbeit (unter der altösterreichischen Schema entsprechenden, aber sehr unangebrachten Erklärung, daß „gleiche Agitationen von deutscher Seite auch nicht geduldet werden können“) einzunehmen und die deutsche Schiffahrtsschule in Triest zuzufügen; der slowenische Minister Polzer ist aus dem Amte geschieden. Die Slawen sind dadurch und durch den Plan der Kreisteilung in Böhmen — mit Ausnahme der klug berechnenden und verhandelnden Polen — in eine wilde Erregung versetzt worden, die den Zusammentritt des Reichsrates unmöglich macht. Die deutschen Abgeordneten nähern sich der Regierung und bemühen sich mit ihr, eine Arbeitsmehrheit zu schaffen. Die alpenländische Bevölkerung ist aber durch Versprechungen nicht zu beruhigen, und der Vorschlag gewisser Abgeordneter, den Ministerpräsidenten durch Zustimmungserklärungen und Ehrenbürgerschaften zu unterstützen, hat die Erregung nur gesteigert. Die Volkstage in Steiermark und Tirol im Mai haben ihr abermals lauten Ausdruck gegeben. Sie wäre nur zu dämpfen, wenn sich die Regierung von den Slowenen und von ihrem eigenen Plan einer nationalen Kreisteilung in Südösterreich entschieden löst. Das von den Slawen verbreitete Gerücht, Deutschland wüßte eine baldige Regelung der Südslawenfrage, ist von der „Norddeutschen Allgemeinen“ am 19. März abgewiesen worden; der Verdacht, daß es von Regierungs- oder Hofkreisen verbreitet werde, verstärkt das Mißtrauen der alpendeutschen Bevölkerung. Die Regierung muß also hier wie in Böhmen zu einer entschiedenen Tat übergehen, wenn sie die Unterstützung des deutschen Volkes gewinnen will.



## Das Altern der Völker und Kulturen

Von Dr. Richard Müller-Freienfels

**E**s ist eine im Leben wie in den historischen Wissenschaften sehr verbreitete Gepflogenheit, vom „Altern“ von Nationen und Kulturen zu sprechen. Man nennt das homerische Zeitalter die Jugend, die hellenistische Zeit das Alter des Griechentums. Man sagt, die Spanier und auch die Franzosen der Gegenwart hätten ihre besten Jahre hinter sich und siechten an Alterschwäche dahin, während man den slawischen Völkern große Jugendlichkeit zuzusprechen geneigt ist. Man nimmt also an, daß das Leben der Völker eine ähnliche Periodizität durchlaufe, wie man sie im Leben des Einzelmenschen beobachtet. Ja, man glaubt sogar innerhalb des Lebens derselben Rasse, in den einzelnen Abschnitten der Kulturentwicklung, Jugend- und Altersepochen unterscheiden zu können; so spricht die Kunstwissenschaft von Frühgotik, Hochgotik und Spätgotik, ähnlich auch von Früh-, Hoch- und Spätrenaissance, wie von Jugend-, Mannes- und Greisenalter und glaubt die Kennzeichen der Lebensalter in jenen Kulturstufen wiederzuerkennen.

Auch die Gegenwart des deutschen Volkes mißt man oft mit solchen Maßen und es hat — besonders vor dem Kriege — nicht an Schwarzsehern gefehlt, die auch in unserer Entwicklung unfehlbar die Kennzeichen des Greisenalters zu erblicken glaubten. Angesichts all dieser Tatsachen dürfte sich eine eingehendere Untersuchung darüber lohnen, ob jener beliebten Analogie eine tiefere Bedeutung zukommt, ob es nur eine Analogie oder ein wirklicher Parallelismus ist, der damit festgestellt wird.

\* \* \*

Natürlich ist nur das „organische“ Altern gemeint bei solchen Betrachtungen, das heißt der biologische Wandlungsprozeß, der sich an allen Lebewesen beobachten